

Bildung. Weiter denken!

GEW

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Saarland



Eppelborner Erklärung

Eine bildungspolitische Positionsbestimmung
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Saarland
Beschlossen auf dem GEW-Landesausschuss
am 10. November 2020 in Eppelborn

Eppelborner Erklärung

Bildung. Zukunft.

8 Jahre Losheimer Erklärung – Quo vadis? | Eine bildungspolitische Positionsbestimmung

In dieser Corona-Pandemie sind die Versäumnisse im Bildungsbereich, wie mit einer Lupe vergrößert, deutlich geworden. Seit Jahren fordert die GEW eine bessere Ausstattung und Finanzierung des Bildungswesens, denn Bildung ist entscheidend für die persönliche und gesellschaftliche Zukunft. Eine angemessene Finanzierung des Bildungswesens in Deutschland ist eine zentrale Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und wirtschaftlich nachhaltige Gesellschaft.

Wir wenden uns gegen ein Bildungsverständnis, das Bildung als Mittel zum Zweck betrachtet und einer ökonomischen Verwertungslogik unterordnet. Wir sollten – nicht nur in dieser Coronazeit – sondern in diesem Jahrzehnt massiv in Bildung investieren. Wir fordern Investitionen von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule.

Ein gutes und leistungsfähiges Bildungssystem muss herkunftsbedingte, ungleiche soziale und kulturelle Ausgangsbedingungen ausgleichen. Dafür brauchen wir mehr qualifiziertes Personal, zeitgemäße technische und räumliche Ausstattung, die passgenaue Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen, um die anspruchsvolle pädagogische Arbeit umzusetzen.

Ausgehend davon,

- dass Bildung für die persönliche und gesellschaftliche Zukunft entscheidend ist,
- dass Bildungserfolg in Deutschland in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängig ist,
- dass das saarländische Bildungssystem unterfinanziert ist,
- dass sich diese Unterfinanzierung nicht weiter verfestigen darf,
- dass die Belastung des pädagogischen Personals in allen Bildungseinrichtungen stark zugenommen hat,

fordert die Bildungsgewerkschaft GEW die Landesregierung und die Träger von Bildungseinrichtungen auf, wesentliche Aufgaben in folgenden Bereichen umzusetzen:

1. Frühkindliche Bildung

- Ausbau von Kindertagesstätten weiter vorantreiben
- Personalschlüssel für U1 auf 1:2, für U3 auf 1:3 und für Ü3 auf 1:7,5 verbessern
- Schaffung zusätzlicher Stellen in der Sprachförderung
- Ressourcen für die Kooperation von Kitas und Grundschulen ausweiten
- Fachkräftemangel durch qualifiziertes Personal beheben
- Flächentarifverträge für alle Beschäftigten
- Weiterqualifizierung von Kinderpfleger*innen ausbauen und Einstellungssituation verbessern
- Anzahl der PIA-Ausbildungsplätze erhöhen
- Kita-Leitungen und Stellvertretungen durch zusätzliche Freistellungskontingente entlasten
- Schaffung von angemessenen Arbeitsplätzen und Aufstiegsmöglichkeiten entsprechend der Qualifikation

- Gesetzliche Verankerung der mittelbaren pädagogischen Arbeit (Vor- und Nachbereitung) von 25 % der Arbeitszeit, eingerechnet in den Personalschlüssel
- Anteil der Bundesmittel aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ in mehr qualifiziertes Personal investieren und das Fachkräftegebot nicht unterwandern

2. Grundschulen besser ausstatten

- Schulleitungen ausreichend Leitungszeit zur Verfügung stellen
- Jede Grundschule mit einer Konrektorenstelle ausstatten
- Anreize zur Bewerbung auf Grundschulleitungsstellen schaffen
- Schulen nach sozialen Indikatoren Ressourcen zuteilen
- Verwaltungskapazität ausbauen
- Besoldung nach A13 für saarländische Grundschullehrkräfte durchsetzen (JA13)

3. Ganztagschulen stärken (Recht auf einen Ganztagsplatz ab 2025)

- Favorisierung des Ausbaus der gebundenen Ganztagschule in allen Schulformen
- Qualitätsverbesserung an freiwilligen Ganztagschulen:
 - pädagogische Konzepte etablieren, mehr qualifiziertes Fachpersonal einstellen, sichere Vollzeitbeschäftigung ermöglichen, Betreuungsschlüssel und Arbeitsbedingungen verbessern

4. Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien

- Gemeinschaftsschulen als attraktive Schule für alle Abschlüsse profilieren
- In beiden Schulformen gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in heterogenen Gruppen fördern und gezielt unterstützen
- Schulformen aufgabenangemessen und nach sozialen Indikatoren differenziert mit Ressourcen ausstatten (u. a. Personalschlüssel, Klassengrößen und Unterrichtsverpflichtung)
- Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in der Sekundarstufe I durch mehr Personal, multiprofessionelle Teams und die Einführung von Systemzeit stärken
- Funktionsstellenstruktur von Gymnasien auf Gemeinschaftsschulen analog übertragen

5. Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung umsetzen

- Multiprofessionelle Teams an allen Standorten des Übergangsbereichs der beruflichen Schulen etablieren, um die individuelle Förderung jedes Schülers/jeder Schülerin bestmöglich zu gewährleisten
- Attraktivität der dualen Ausbildung steigern, gesellschaftliche Wertschätzung für berufliche Qualifikation vergrößern und Bewusstsein für Anschlüsse und Bildungschancen fördern
- Wege zum Abitur über die berufliche Bildung ausbauen
- Allen Jugendlichen, die trotz mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen System gefunden haben, eine anerkannte und nachgefragte Ausbildung an den Lernorten Berufsschule, Träger und Betrieb anbieten
- Attraktivitätsoffensive für das Berufsschullehramt

zur Fachkräftesicherung mit einem Schwerpunkt auf beruflicher Pädagogik

- Prüfungen im beruflichen Bereich besser koordinieren, Mehrbelastung durch Vereinfachung der Prüfungsverfahren abbauen

6. Inklusion verwirklichen

- Aufbau von multiprofessionell besetzten, schulformunabhängigen „Beratungszentren Inklusion“
- Sonderpädagogische Grundversorgung im multiprofessionellen Team an jeder Schule schaffen
- Inklusion in allen Schulformen verwirklichen:
 - Schulen barrierefrei gestalten und pädagogische Raumkonzepte umsetzen, Lerngruppen verkleinern, im Team unterrichten, Systemzeit einrichten, Ressourcen flexibel und passgenau gemäß der Bedarfe der Schüler*innen zuteilen
- Regelschullehrkräfte für die Inklusion weiterqualifizieren

7. Vergabe von Schulabschlüssen überarbeiten

- Die während der gesamten Schulzeit erbrachten Leistungen bei der Vergabe von Schulabschlüssen stärker gewichten
- Landeseinheitliche Abschlussprüfungen für HSA und MBA abschaffen, weil sie pädagogisch ineffektiv sind und unzumutbar viele Ressourcen verschlingen
- Transparente und gerechte Regelungen zur Vergabe von HSA und MBA an Gymnasien entsprechend den KMK-Regelungen schaffen

8. Schulleitungen professionalisieren

- Fortbildungsmaßnahmen vor Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Schule verbindlich machen
- Qualifizierungswege für Schulleiter*innen schaffen.

9. Lehrer*innenausbildung verbessern

- Beratung und Bewertung durch Einführung eines Mentorensystems in allen Schulformen entkoppeln (s. berufliche Schulen)
- Lehrer*innenausbildung inhaltlich auf die Bedürfnisse der Arbeit mit heterogenen Lerngruppen, den Umgang mit digitalen Medien und hybriden Unterrichtsformen ausrichten
- Systematischer Ausbau der Fachdidaktik an den Hochschulen
- Einrichtung der Studienfächer „DAZ/DAF“ und „Inklusion“ als Zweitfach für alle Lehramtsstudiengänge

- Grundständiges Studienfach „Berufspädagogik“ für das Lehramt an beruflichen Schulen einrichten
- Institutionalisierung der bereits ansatzweise aufgebauten „Berufsbegleitenden Eingangsphase“ (BEP)
- Durchlässigkeit bei Laufbahnentscheidungen gewährleisten
- Räumliche Nähe des Lehrer*innencampus zur Universität und den künstlerischen Hochschulen
→ Verknüpfung der drei Phasen der Lehrer*innenaus-, -fort und -weiterbildung
- Lehrer*innenbildung muss ein wesentliches Standbein der universitären Struktur sein. Die Ansätze der Qualitätsoffensive Lehrerbildung müssen unabhängig von der Fortführung des laufenden Projektes aus Bundesmitteln verstetigt werden.
- Enge Kooperation der zuständigen Ministerien, dem Ministerium für Bildung und Kultur und der Staatskanzlei erwirken bzw. eine Zuordnung der Hochschulangelegenheiten zum Bildungsministerium

10. Multiprofessionelle Teams

- Multiprofessionelle Teams öffnen und in allen Bildungseinrichtungen etablieren: Sprachförderkräfte, Sozialpädagog*innen, Eingliederungshelfer*innen, Entwicklungspsycholog*innen, etc.
- Allen Teammitgliedern Systemzeit gewähren, um gemeinsames Arbeiten und Kommunikation auf Augenhöhe zu ermöglichen
- Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf Landesebene gesetzlich regeln
- Rahmenkonzeption für die soziale Arbeit an Schulen entwickeln
- Rahmenbedingungen für Kooperation zwischen Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften an allen Schulformen schaffen
- Teams fest installieren, statt in prekären Verhältnissen zu beschäftigen

11. Lehrkräfte spürbar entlasten

- Lehrkraft-Schüler*innen-Relation verbessern und Klassenhöchstgrenze bedarfsgerecht festlegen
- Unterrichtsverpflichtung in allen Schulformen senken und angleichen
- Aufstockung der Verwaltungskräfte und Übernahme von technischen Aufgaben durch IT-Personal
- System der mobilen Lehrerreserve an allen Schulformen mit Planstellen ausbauen

- Freiwerdende Stellen auch zukünftig im Schulbereich belassen
- Deputate für Teamarbeit, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Klassenführung, Projekte und Mentor*innenentätigkeit gewähren
- Den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz umsetzen

12. Sozialpädagogische Fachkräfte spürbar entlasten

- Angemessene Fachkraft-Kind-Relation schaffen
- Räumliche Ausstattung bedarfsgerecht gestalten
- Anspruch auf mindestens fünf Fortbildungstage jährlich garantieren
- Realistische Berücksichtigung von Fortbildungs-, Urlaubs-, Krankheits- und anderen Ausfallzeiten bei der Personalisierung
- Entlastung bei Verwaltungstätigkeiten
- Bereitstellung von Zeitkontingenten für Zusatzaufgaben, z. B. Praxisanleitung
- Arbeitsplatzbeschreibung und faire Eingruppierung in die Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes
- Eingruppierung der Leitungskräfte in Anlehnung an die KITA-Leitungen
- Den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz umsetzen

13. Hochschulen weiterentwickeln

- Die in der Region vorhandenen Hochschulen besser miteinander vernetzen und unproduktive Konkurrenzsituationen vermeiden
- Berechenbare Karrierewege und attraktive Beschäftigungsbedingungen für Wissenschaftler*innen an saarländischen Hochschulen schaffen
- Professor*innen für Lehre und Personalführung qualifizieren
- prekäre Arbeitsverhältnisse abbauen und das Personal tarifvertraglich beschäftigen
- Mitbestimmung stärken
- Flächendeckende Personalvertretungen für alle an den Hochschulen Beschäftigten inklusive studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften
- Tarifliche Absicherung für alle Beschäftigtengruppen

14. Weiterbildung absichern

- Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Erwachsenenbildung abbauen
- Personal tarifvertraglich beschäftigen
- Recht auf eine fünftägige Freistellung ohne Kopplung an Urlaubstage gewähren

15. Digitalisierung

- Allen Bildungseinrichtungen Zugang zu einem leistungsfähigen Internet sichern
- Mittel aus dem Digitalpakt für die digitale Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen verstetigen
- Zusätzliche Deputate für schulinterne Mentor*innen zur Unterstützung der Kollegien bereitstellen
- IT-Fachkräfte bedarfsdeckend als Unterstützung für die Schulen einstellen

- Altersangemessene medienpädagogischer Konzepte in allen Bildungseinrichtungen etablieren
- Schüler*innen durch sinnvolle Blended-Learning-Konzepte (Präsenzveranstaltungen und E-Learning) auf die Arbeitswelt der Zukunft vorbereiten
- Digitalisierung fortschreiben und mit den Persönlichkeitsrechten in Einklang bringen

16. Schulträgerschaft vereinheitlichen

- Land, Landkreise, Städte und Gemeinden sollen eine zentrale Schulträgergesellschaft bilden, die u. a. das Gebäudemanagement steuert und den Einsatz multiprofessioneller Teams organisiert
- Bildungswege müssen unabhängig von der Kassenlage des Trägers sein

Die Mitglieder der GEW Saarland wollen sich für die Durchsetzung dieser Forderungen engagieren, indem sie vor Ort in den Einrichtungen und Schulen darüber informieren, in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen diese Forderungen immer wieder ansprechen, in Gremien und Personalräten für entsprechende Entscheidungen eintreten, durch Pressearbeit und mit eigenen Medien für ihre Verbreitung sorgen, Bündnispartner*innen suchen und gemeinsam aktiv werden. ■